

## „Steigbügelhalterin der AfD“

### Debatte um Hindenburg: Offener Brief an Klingbeil

BZ vom 15. Februar  
Hindenburg war vor 100 Jahren ein in Deutschland hoch angesehener Mann, wenn auch mit den Sozialdemokraten in gegenseitiger Abneigung herzlich verbunden, was Demokraten aber miteinander aushalten können sollten. Er wurde 1925 zum Reichspräsidenten gewählt und ist bis heute das einzige deutsche Staatsoberhaupt, das je vom Volk direkt gewählt wurde.

Selbstverständlich müssen wir der von Soltauer Nazis geschundenen jüdischen Familie Lennhoff ehrenvoll gedenken. Es gibt auch gute Gründe, Matthias Erzberger zu ehren. Aber warum muss man dafür ein Hindenburg-Stadion in Soltau und eine Hindenburg-Kaserne in Munster heute umbenennen? Geschichtliche Persönlichkeiten werden in veränderten Zeiten unterschiedlich betrachtet, sollten dann aber nicht nach Empfinden der gerade politisch Herrschenden gecancelt werden und das Canceln ein „verfassungspatriotisches Anliegen“ genannt werden. Sonst könnte die Politiker sich ständig mit neuen Umbenennungen beschäftigen.

In der Weimarer Demokratie musste Hindenburg schließlich 1933 doch den demokratisch gewählten „böhmischen Gefreiten“ zum Reichskanzler ernennen. Auch unserem heutigen Bundespräsidenten könnte es nach der nächsten Bundestagswahl passieren, einen ihm unliebsamen Kandidaten zum Bundeskanzler ernennen zu müssen.

Die schon mehrfach in der BZ genannte Schulzuweisung, Hindenburg hätte durch die Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler das Ende der Weimarer Republik besiegelt, kann den geschichtlich nicht haltbaren Eindruck erwecken, Hindenburg wäre Nationalsozialist gewesen. Das war er nicht.

Erwachte, „woke“ Kulturkämpfer vom linken Spektrum geben sich vielfach Mühe, ihre ideologischen Sichtweisen nicht nur in der geschichtlichen Wissenschaft durchzusetzen. In der woken Biologie sollen wir heute über 70 Geschlechter anerkennen und einmal jährlich auch die neue persönliche Geschlechts-selbstzuordnung beim Standesamt.

Die woke Linke begreift nicht, wie sehr sie mit ihrem Kulturkampf zur guten Steigbügelhalterin für die AfD wird.

In den USA ist auch wegen des mehrheitlichen Verdrusses über woke Kulturkämpfer die Wiederwahl von Trump in den Bereich des Möglichen geraten.

Dr. med. Wolfram Franz,  
Soltau

## „Ergebnisse nicht schnell genug“

### Leserbrief von Günther M. Clemenz: „Streikrecht ist ein wichtiger Bestandteil“

BZ vom 12. Februar  
Guten Tag, Herr Clemenz. Seien auch Sie freundlich begrüßt. Mit Ihren detaillierten Ausführungen zum Streik gehen ich völlig konform. Verfassungsrechtlich ist er grundsätzlich und grundgesetzlich legal. Meine rhetorische Frage hätte exakter formuliert werden müssen, sie sollte sich auf Zeitpunkt und Dauer beziehen. In einer Krisensituation höchstens Ausmaßes, von der letztlich sämtliche Bürger betroffen sind, hätte es meines Erachtens viel schneller zu Schlichtungsergeb-



## Spaziergang in Sprengel

Ein ÜBERSCHWEMMTES ABGEERNTETES MAISFELD nutzen diese beiden Kraniche für einen Spaziergang in Sprengel. Unser Leser Klaus Janßen hat uns dieses Foto zugesandt. Sollen wir auch Ihr Foto drucken oder auf den Social-Media-Kanälen veröffentlichen? Dann schicken Sie es mit der Betreffzeile „Leserfoto“ an redaktion@boehme-zeitung.de. bz

nissen kommen müssen. Gegenüber dem ständig steigenden Druck von Putin können wir es eigentlich uns nicht leisten, die bedrohliche Situation unserer Volkswirtschaft auch noch selber zu verschlechtern. Für Ihre ungenutzten Korrekturhinweise danke ich Ihnen.

Hermann Wrigge, Soltau

## „Der Prüfstein für die Traditionspflege“

### Debatte um Hindenburg, Leserbrief „der Soldat wird gewürdigt“

BZ vom 19. Februar  
Niemand wird in Abrede stellen, dass Oberst von Hindenburg zur Geschichte von Munsterlager gehört. Niemand wird bestreiten, dass der Gefreite Adolf Hitler im Ersten Weltkrieg ein zuverlässiger Meldegänger war. Auch die kriegerische Tüchtigkeit des Generalobersten Guderian oder des Generalfeldmarschalls von Manstein wird kein Kundiger in Zweifel ziehen. Aber! Die Bundeswehr ist freiheitlichen und demokratischen Zielsetzungen verpflichtet. Für sie kann nur ein soldatisches Selbstverständnis mit Wertebindung, das sich nicht allein auf professionelles Können im Gefecht reduziert, sinn- und traditionsstiftend sein.

Die Benennung von Kasernen nach militärischen Vorbildern, so meine Überzeugung, ist der Prüfstein für die Traditionspflege in der Bundeswehr. Ich erinnere hier an die Umbenennung der Mölders-Kaserne in Visselhövede, an die Lent-Kaserne in Rotenburg (Wümme) und an die Schulz-Lutz-Kaserne in Munster. Das Fazit lautet: Traditionspflege ist eine wertebezogene Auswahl aus der Geschichte.

Auch der Standort Munster muss diese wesentlichen Gesichtspunkte zum historischen Sachstand in Erwägung ziehen: Die III. Oberste Heeresleitung (OHL) unter Hindenburg und Ludendorff war verantwortlich für die systematische Zerstörung und Entvölkerung von Teilen Nordfrankreichs beim Rückzug der deutschen Truppen. Hierzu zählt die „Alberichbewegung“ im Frühjahr 1917, hinter der sich die Umwandlung eines etwa 1800

Quadratkilometer umfassenden Geländestreifens in eine tote, öde Wüste bei gleichzeitigem Abtransport der Bewohner dieses Gebiets verband, sowie im Herbst 1918, wenige Wochen vor Ende des Kriegs, die Flutung von Kohlebergwerken und planmäßige Zerstörung von Industrieanlagen, Bahnverbindungen und Obstplantagen. Es war diese Politik der „verbrannten Erde“ beim Rückzug der deutschen Armee in den Jahren 1917 und 1918 in Frankreich sowie in Belgien, die zu den „Kriegsverbrechen“-Paragrafen 227 bis 230 des Versailler Vertrags führte.

Nach den Röhmputsch-Morden Ende Juni 1934 sandte Reichspräsident von Hindenburg folgendes Telegramm an Reichskanzler Adolf Hitler: „Aus den mir erstatteten Berichten ersehe ich, daß Sie durch Ihr entschlossenes Zugreifen und die tapfere Einsetzung Ihrer eigenen Person alle hochverräterischen Umtriebe im Keim erstickt haben. Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet. Hierfür spreche ich Ihnen meinen tiefempfundenen Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus.“

(...)  
Jakob Knab, Kaufbeuren

## „Möglichst viel Medienwirksamkeit“

### Keine Einigung bei Plattformarbeit

BZ vom 19. Februar  
Wie man in der Böhme-Zeitung lesen konnte, hat die FDP mal wieder ein EU-Gesetzesvorhaben gestoppt. Nach zähen Verhandlungen in der EU versuchte man sich auf eine Richtlinie zu einigen, nach der die Plattformen darauf achten müssen, dass ihre Mitarbeiter nicht als Schein-selbstständige tätig werden. Bei allen Verhandlungen war die FDP dabei und hatte keine Einwendungen. Jetzt will man beschließen und Deutschland muss sich der Stimme enthalten, weil die FDP die Ampel dazu zwingt. Das gleiche Spielchen gab es beim EU-Lieferketten-Gesetz. Auch da musste Deutschland sich enthalten, nur weil die FDP die Ampel dazu zwang.

Natürlich sind solche Vorgänge mit einem enormen Imageschaden für Deutschland verbunden. Das fing damals schon an, als sich die FDP ganz entschieden gegen eine generelle Geschwindigkeitbegrenzung auf den Autobahnen aussprach, um seine Klientel weiterhin das Rennen mit ihren 500-PS-Boliden zu ermöglichen. Nun torpediert die FDP offensichtlich jedes Regelungsvorhaben. Dies natürlich möglichst spät, damit möglichst viel Medienwirksamkeit erzeugt wird. Herr Kubicki, der FDP-Vize erklärt dabei ständig, die Ampel zu verlassen (Beispiel: Bericht in der BZ über die Bezahlkarte auch am 19. Februar).

Wie kann es sein, dass eine Partei, die in den Umfragen unter 4 Prozent liegt, Deutschland so schädigen kann? Hierzu hilft nur ein Beispiel aus der Medizin. Die FDP ist von der Bedeutung her ungefähr der Wurmfortsatz beim Blinddarm, während die beiden anderen Ampelparteien den Dünndarm und den Dickdarm darstellen. Früher hat man gedacht, der Blinddarm beziehungsweise der Wurmfortsatz sei im Rahmen der Evolution völlig überflüssig. Nach neuesten Studien ist dies nicht richtig. Der Wurmfortsatz scheidet nämlich ab und zu seine Bakterien in den Darm und dies führt nicht selten zu Durchfall, volkstümlich gesagt: „Dünnschiss“.

Wenn der Wurmfortsatz sich allerdings entzündet, dann bläht er sich auf und dann, ja dann muss er raus. Übertragen auf Deutschland kann das nichts Gutes bedeuten, denn wenn man einen entzündeten Wurmfortsatz nicht entfernt, kann es zu schweren Schädigungen des Gesamtkörpers kommen. Wir hoffen, dass es dazu in Deutschland nicht kommt. Also benimm' dich kleiner Wurmfortsatz! Sonst müssen wir Dich entfernen! Joachim Peters, Schneverdingen

## „Kann das objektiv sein?“

### Soltau wird nicht gegen Klinikneubau klagen

BZ vom 8. Februar  
Die endlose Geschichte mit dem Heidekreis-Klinikum geht in eine

neue Runde - wieder fragt man sich, ob es ein faires Miteinander ist oder ob hier ein Informationsgefälle zu Ungunsten Soltaus ausgenutzt wird.

Es wird ein vom Landkreis in Auftrag gegebenes Gutachten zitiert. Kann das objektiv sein? Wenn dort „momentan keine Verschlechterung“ beschrieben wird, könnte das in Kürze ganz anders aussehen oder soll man sagen: die Gutachter sehen schon die „dunklen Wolken am Horizont“ des Mittelzentrums Soltau? Die Apotheke solle wohl in Soltau bleiben - mit der Einschränkung: solange das HKK sie betreibt. Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass hier das Gleiche passiert wie mit dem Labor. Stichwort: Auslagerung. Spätestens, wenn bemerkt wird, dass das Neubau-Argument „alles in einem Haus - der Lkw muss nicht mehr fahren“ mit einer Apotheke in Soltau absurd ist, dürfte sie abgeschrieben werden. Mich würde es nicht wundern, wenn in der HKK-Führungsetzge schon externe Anfragen vorlägen.

Die Verwaltung bleibt noch in den Altstandorten? Das verwundert. Wie war das: „Alles an einem Ort“? Oder möchte man eventuell den HKK-Hauptsitz zum Beispiel aus Steuergründen in Soltau machen? Oder eher in Walsrode? Ein kleines „Zückerle“ als Dank für die gute Zusammenarbeit?

Eine Pflegeschule ohne direkte räumliche Anbindung an das Klinikum erscheint mir fragwürdig.

Dieser ganze Vertrag steht und fällt für Soltau mit der Frage, ob das, was angekündigt wird, tatsächlich auch eintritt. Was passiert, wenn sich um Beispiel keine Ärzte für Soltau finden? Die Walsroder Urologen haben schon perfekt gezeigt, dass die verkündeten Ideen keine Selbstläufer sind. Beim Soltauer Rat sollten die Alarmglocken läuten, der Bürgermeister sollte nicht unterschreiben, bis konkrete Gegenleistungen und entsprechende Strafen bei Nichteinhaltung im Vertrag stehen! Und das Gebäude des Soltauer HKK sollte in den Besitz der Stadt Soltau gehen. Was will das HKK dort noch, wenn es alles weggeht?

Ein Vertrag, der einen konkreten Anspruch („Ihr klagt nicht“) gegen reine Wunschzusagen („Wir versuchen, möchten, planen, wollen“) und so weiter) aufrechnet, steht in der Gefahr, unfair und gegebenenfalls sogar „wider die guten Sitten“ zu sein. Dann wäre er richtig. Das hilft Soltau aber nicht mehr, weil es dann für eine Korrektur zu spät ist.

Dr. Claus Eikemeier, Soltau

## „Hübsche Haltestelle reicht nicht“

### Heidekreis erhält 557000 Euro für ÖPNV

BZ vom 2. Februar  
Um den straßengebundenen ÖPNV ist es ruhig geworden. Man begrüßt aber „Heidekreis erhält 557000 Euro für ÖPNV“. Schon beginnt man, das Geld zu verteilen. Aber die eine oder andere Haltestelle „aufzuübischen“ reicht nicht.

Neue Wohngebiete entstehen und sollen an den ÖPNV angeschlossen werden. Es ist an der Zeit, den Linienverkehr mit Bussen zu überdenken. Während Schüler ihr Ziel auf kurzem Wege (Schulzentrum) erreichen wollen, interessiert das den nicht schulpflichtigen Bürger überhaupt nicht. Für ihn ist es wichtig, den Hausarzt, die Apotheke oder ein touristisches Ziel zu besuchen. Das zu gestalten, ist sicher eine Herausforderung.

Ende dieses Jahres muss der Nahverkehrsplan des Heidekreises fortgeschrieben werden. Das ist die Chance, etwas zu verändern. Reden Sie doch mal mit Ihrem Kreisratsabgeordneten. Wolfgang Schubert, Schneverdingen

## „Bitte keine Doppelmoral“

### Investorendel geplatzt

BZ vom 22. Februar  
Angesichts des wochenlangen, schon fast hysterischen Treibens der „Fans“, die sich ja nun wohl siegestrunken in den Armen liegen dürften, frage ich mich, ob diese Leute sich darüber im Klaren sind, dass gerade ihre schon fast religiöse Hingabe an „ihren“ Verein, ihre Bereitschaft, alle möglichen Artikel zu kaufen (von Trikots bis Bettwäsche mit Clubemblem), Werbeaussagen von Spielern und Trainern zu völlig sachfremden Produkten Glauben zu schenken, Privatsender-Abonnements für möglichst viele Live-Übertragungen zu bezahlen und vor allem dabei dann auch noch maximal empfänglich für weitere Werbung zu sein (was wieder den Preis für Senderechte in die Höhe treibt) - kurz, dass dieser ganze Zirkus, diese ganze Geschäfts- und Geldmaschine nur davon lebt, dass eben der „Fan“ ein gigantisches Nachfragepotenzial darstellt.

Das System bräche sofort zusammen, wenn nur allenfalls mit freundlichem Desinteresse zur Kenntnis genommen würde, welche Kickertruppe denn nun wieder welchen Pott nach Hause geschleppt hat. Solange aber Millionen von Menschen danach gieren, anderen beim Herumrennen auf einem Spielfeld zuzusehen und daraus Schicksalsfragen für sich, ihre Region, ja für die ganze Nation abzuleiten, so lange wird diese Unterhaltungsindustrie weiter befeuert und immer wieder neue Auswüchse des Kommerzialisierens hervorbringen. Fußballprofis sind in diesem Zusammenhang nichts grundsätzlich anderes als Balletttänzer oder Zirkusartisten - auch die präsentieren ihr Können für Geld und müssen täglich hart trainieren, um die vom Publikum erwarteten Leistungen zu bringen. Keiner der großen Bundesligavereine kann allein vom Ticketverkauf und verwandten Einnahmen von den „Fans“ leben, sodass hier die Kreativität der Schutzmeister ständig herausgefordert bleibt, wenn sie die Millionengänge ihrer Spieler bezahlen wollen. Schon kleine lokale Vereine brauchen ja Sponsoren für ihre Trikots. Alles Weitere ist nur eine konsequente Fortsetzung des Prinzips im Rahmen von Angebot und Nachfrage.

Damit wir uns richtig verstehen: Jedem, dem es gefällt, steht natürlich frei, Fußball- oder sonstige Sportereignisse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene mit Begeisterung zu verfolgen, aber bitte ohne Doppelmoral.

Dr. Hanno Lampe, Soltau

Leserbriefe sind eine Meinungsäußerung des Verfassers und keine Meinungsäußerung der Redaktion. Sie dürfen maximal 80 Zeilen lang sein. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ohne Angabe von Gründen nicht zu veröffentlichen. Leserbriefe, die keine vollständige Adresse des Senders enthalten, werden nicht veröffentlicht. Das gilt auch für Zuschriften, die die Redaktion per E-Mail erreichen.